



Kärntner
Gemeindebund



Österreichischer
Städtebund
LANDESGRUPPE
KÄRNTEN

PRESSEAUSSENDUNG

Kostensteigerung im Gesundheitsbereich: Städte und Gemeinden droht 100-Millionen-Euro-Belastungspaket!

Im Raum stehende Kostensteigerungen bei der KABEG lassen bei Städte- und Gemeindebund die Alarmglocken schrillen. Die nun geforderten Gehaltserhöhungen seien zum Teil das Ergebnis einer künstlichen Verknappung bei den Zulassungsprüfungen zum Medizinstudium. „Zuerst sperrt der Bund interessierte junge Menschen vom Arztberuf aus, am Ende lässt er die Bundesländer um die verbliebenen Mediziner wettbieten“, ärgern sich Städtebund-Obmann Günther Albel und Gemeindebund-Präsident Günther Vallant.

Die im Raum stehenden Kostensteigerungen für Gesundheit und Soziales dürften für 2024 rund 100 Millionen Euro an Mehrausgaben für Kärntens Städte und Gemeinden bringen. Alleine die zuletzt medial diskutierten Erhöhungen bei KABEG-Gehältern würden sich auf rund 35 Millionen Euro belaufen. „Das würde bei vielen Gemeinden zum Finanzkollaps führen“, warnen Städtebund-Obmann Günther Albel und Gemeindebund-Präsident Günther Vallant. „Zumal ein Großteil dieser Mehrkosten das Ergebnis der völlig verfehlten Bundes-Gesundheitspolitik ist.“ Zuerst lasse man 90 Prozent der interessierten, jungen Menschen an der Zulassungsprüfung für das Medizinstudium scheitern und verknappe so künstlich das Angebot. „Und am Ende bleibt den Bundesländern nichts Anderes übrig, als sich gegenseitig die verbliebenen Ärzte mit mehr Geld abzuwerben. Eine beispiellos unkoordinierte Vorgehensweise mit vielen Verlierern“, sagen Albel und Vallant.

Die beiden Politiker fordern substantielle Änderungen. Die Zugangsprüfungen zum Medizinstudium müssten mehr Studenten zulassen, zudem habe ein bundesweit einheitliches Besoldungssystem eingeführt zu werden. Darüber hinaus habe der Bund endlich zu erkennen: Berufe im Gesundheitsbereich müssten attraktiver und flexibler werden (Work-Family-Balance). Dies inkludiere zeitgemäße Kinderbetreuungsangebote, Weiterbildungs-Angebote und neue Arbeitszeitmodelle.

Mehr Geld vom Bund

Grundsätzlich folge die gefährliche Entwicklung bei den Kosten für Gemeinden den Prognosen des Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) oder des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung: Die schwache Einnahmenentwicklung trifft bei den Gemeinden auf hohe Ausgabensteigerungen. Diese ergeben sich aus Inflation und immens gestiegenen Baukosten, aus höheren Gehaltsabschlüssen und Ausgaben für den öffentlichen Verkehr, vor allem jedoch aus der massiven Dynamik der Umlagen, welche die Gemeinden an das Land zahlen müssen. Bei geringer Finanzkraft und vielfach unterdurchschnittlichem Bevölkerungswachstum leisten Kärntens Gemeinden beinahe die höchsten Zahlungen für Soziales, Gesundheit und weitere Transfers an das Land.

Bund vernachlässigt zentrale Staatsfunktionen

„Vor allem der dramatische Rückzug des Bundes aus der Krankenversorgung sticht ins Auge“, sagt Albel. So hätten im Jahr 1997 mit den Bundesmitteln und den Mitteln der Sozialversicherung für die Krankenanstaltenfinanzierung noch 48 Prozent der Endkosten der Krankenanstalten abgedeckt werden können. Bis zum Jahr 2020 sei die Abdeckung auf 42 Prozent gesunken. Gegenüber 1997 fehlen den Trägern der Krankenanstalten mittlerweile jährlich fast 950 Millionen Euro. „Wir brauchen daher eine Anpassung der Finanzierungsbeteiligung des Bundes und der Sozialversicherungsträger an die heutigen

Erfordernisse“, fordert Albel. Diese Ausgaben mussten Länder, Städte und Gemeinden in den vergangenen Jahren alleine stemmen. Und auch in den Bereichen Pflege, Bildung, Kinderbildung und -betreuung glänzte der Bund vor allem durch rückläufige Anschubfinanzierungen.

„Wenn sich der Bund in den laufenden Finanzausgleichsverhandlungen seiner Verantwortung nicht bewusst wird, muss er die Verantwortung für die Schließung von Standorten und die Verschlechterung von Versorgungsleistungen übernehmen. Dies reicht von der Bildung bis zur Pflege“, warnt Vallant. Er skizziert die logischen Folgen der aktuellen Finanzpolitik:

- Geringere Investitionsspielräume der Gemeinden als größte öffentliche Investoren
- Weiterer Rückgänge im bereits schwächelnden Baubereich
- Einstellung sinnvoller Projekte. Die Gemeinden können bestenfalls noch jene Aufgaben erledigen, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind. Dies hätte katastrophale Auswirkungen auf Vereine, Kultur, Sport, Gemeinschaftsleben etc.
- Investitionen in Energiewende und öffentlichen Verkehr müssen zurückgestellt werden

Klagenfurt und Villach, am 7. Juli 2023

Bgm. Günther Vallant
1. Präsident des Kärntner Gemeindebundes

Bgm. Günther Albel
Obmann des Österr. Städtebundes Kärnten

Rückfragehinweise

LGF Gemeindebund Mag. (FH) Peter Heymich, MA, +43664/5123912

LGF Städtebund Mag. Arnold Muschet, +43664/602051670